Jahrbuch für den Kreis Pinneberg - 1993

Vergangenheitsbewältigung in Barmstedt

Gerhard Hoch

Die Rede ist von dem Barmstedter SS-Führer B., der zuletzt den Rang eines Hauptsturmführers, entsprechend einem Hauptmann der Wehrmacht, bekleidete. Es soll dargestellt werden, welche Rolle er während seiner SS-Zeit spielte, wie er selber später vor dem Spruchgericht Stade seine Entwicklung und Tätigkeit beschrieb und wie frühere Mitbürger über ihn aussagten. Das geschieht nicht, weil dieser Fall des B. etwa aus dem allgemeinen Rahmen fiel, sondern im Gegenteil, weil er so allgemein und typisch für jenen Personenkreis und jene Zeit war.

1988 gab die Stadt Barmstedt den sehr aufwendig ausgestatteten Band „Barmstedt. Geschichtliche Schau“ heraus. In einer Rezension¹ wurde bedauert, dass in dieser Schrift fast das gesamte zeitgeschichtliche Feld unberücksichtigt blieb: Arbeiterbewegung, Erster Weltkrieg, Parteiengeschichte, Weimarer Republik, Drittes Reich, jene Vorgänge also, deren Wirkungen bis in unsere Zeit hineinreichen. Damit wurde die große Chance ungenutzt gelassen, durch eine fundierte Darstellung der zeitgeschichtlichen Tatbestände einer nachgewachsenen Generation die Möglichkeit zu bieten, sich zu informieren und zu orientieren, aus den Irrwegen der Väter zu lernen und für sich selber einen demokratischen und an einem humanen Menschenbild orientierten Weg zu finden.

Diese versäumte Aufgabe kann mit einem kurzen Aufsatz im Jahrbuch nicht nachgeholt werden. Aber die hier gewählten Sachverhalte sollen zeigen, was alles versäumt wurde und was von berufener Seite hoffentlich bald geleistet wird. Es soll mit diesem Aufsatz das frühere Spruchkammerverfahren nicht posthum wieder aufgerollt werden.² Er hat aber seinen Zweck erreicht, wenn er Bürger in Barmstedt nachdenklich macht und anregt zu weiteren Forschungen und Publikationen. Im Übrigen steht hinter diesen Ausführungen meine alte Zuneigung zu Barmstedt, die ich mir als Absolvent der damaligen — leider NS-infizierten Mittelschule — bis heute erhalten habe.

Eine SS-Karriere.

Als B. im Oktober 1931 in die NSDAP (Mitgliedsnummer 681814) und im November desselben Jahres in den Elmshorner SS-Sturm der 4. Allgemeinen SS-Standarte (SS-Nummer 18724) eintrat, war er bereits 33 Jahre alt. In Elmshorn geboren, nahm er 1925 seinen Wohnsitz in Barmstedt. Nach der Volksschule erhielt er 1913—1916 eine Berufsausbildung als kaufmännischer Angestellter in der Segeberger Eisenhandlung Hans S. und absolvierte dort auch die kaufmännische Berufsschule.

Dem schloss sich Militärdienst und Fronteinsatz an. Er war Träger des Frontkämpfer-Kreuzes. Seine Verwendung als Handlungsgehilfe beim Schleswig-Holsteinischen Bauernverein in Tondern stellte ihn mitten hinein in den nationalistisch aufgeheizten „Grenzlandkampf“ um Nord-Schleswig. Nach der Abtretung dieses Landesteiles an Dänemark 1920 fand B. eine Anstellung in Hamburg, ab 1925 in einem Textilgeschäft in Barmstedt. Hier machte er sich 1939 als Textilkauflmann selbständig.

B. äußerte sich selber vor dem Spruchgericht 1947 zu seinem politischen Werdegang. Für seinen Eintritt in die SS sah er keine politischen Motive, vielmehr fand er als „großer Sportsmann“ den schwarzen Orden wegen der dort intensiv betriebenen Leibesübungen attraktiv. Der Dienst habe aus Exerzieren, Sport und Schießen bestanden. Wie unglaublich diese Einlassung ist, ergibt sich schon daraus, dass seinem Eintritt in die SS die Aufnahme in die NSDAP vorausging. Sie war damals, im Jahre 1931, absolut freiwillig und ungenötigt und kann nur als Bezeugung seiner vollständigen Übereinstimmung mit der Hitler-Partei verstanden werden.

Um ein Höchstmaß an Identifikation mit dem Nationalsozialismus ging es ihm, als er einen Monat darauf in die allgemeine SS aufgenommen wurde. Dieser Schritt geschah auch nicht in jugendlichem Eifer, sondern in reifem Mannesalter und nach einer beachtlichen Etappe seines Berufslebens.

Auch aus der Sicht der SS war die vorgeschobene Motivation der sportlichen Betätigung unhaltbar. Die 1923 als „Stoßtrupp Hitler“ verbotene, 1925 wiederbegründete SS verstand sich von Anfang an als die Elitetruppe der NSDAP, die in ihrer Mannschaft die Ideale der NS-Bewegung in möglichst reiner Form und möglichst radikal zu verkörpern trachtete: „Hier traf sich zu einer neuen und harmonischen Gestalt die Härte bester soldatischer Tradition mit der Schärfe eines kristallklaren politischen Bewusstseins sowie das reine gläubige Herz des Revolutionärs der lebendigen deutschen Bewegung“.

Niemand geriet zu der damaligen Zeit in die schwarze Uniform mit den Totenschädeln auf den Kragenspiegeln, der nicht restlos und fanatisch hinter Hitler und seiner Bewegung stand. An den einzelnen Bewerber wurden während einer langen Probezeit außerordentlich strenge Maßstäbe hinsichtlich seiner körperlichen, charakterlichen und politischen Eignung gelegt. Über die Echtheit der Motive und die weitere Zuverlässigkeit der Mitglieder wachte überdies Himmlers Sicherheitsdienst (SD).

B.s Versicherung: „In meinem Sturm waren alles einwandfreie Burschen aus der Landwirtschaft“, deutet auf einen Männertyp, der eher primitiv gewirkt, von kritischer Reflexion nicht angekränkt und gehemmt, bedenkenlos alles Andersartige und Im-Wege-Stehende aus dem Wege zu räumen bereit war, ein Männertyp, der es fertig brachte, auch angesichts von 1000 Leichen sich noch für „anständig geblieben“ zu halten.

B. bewährte sich in der SS so sehr, dass er bald Karriere machte. Schon 1932 wurde er Scharführer, 1933 Sturmführer, 1934 Obersturmführer. 1936 kommandierte er als Hauptsturmführer den Barmstedter SS-Sturm 5 der Standarte 4 Elmshorn. Die entsprechenden

Verdienste erwarb er sich keineswegs auf dem Sportplatz, sondern als besonders rabiater Führer in Himmlers „Draufgängertruppe“ (Eugen Kogon). Ich selber erinnere mich lebhaft daran, wie in meinem Heimatort Alveslohe der Name B. in aller Munde war und für politische Gewalt sprach.

1936, wohl nach seiner Beförderung zum Hauptsturmführer, will B. von höherer Stelle einen „strengen Verweis“ erhalten haben wegen Nichtausführung zweier Befehle „in ganz unbedeutenden Sachen“. Darüber verbittert, habe er seinen Austritt aus der SS erklärt. Doch der Reichsführer SS Heinrich Himmler habe seinen Austritt nicht angenommen. So diene er weiter, bis er am 16. 6. 1942, inzwischen 44 Jahre alt, zum Ergänzungsamt der Waffen-SS nach Berlin eingezogen wurde. Von dort versetzte man ihn zum Reichskommissar Terboven nach Norwegen. In Oslo wurde er Verwaltungsführer in der Abteilung „Lebensborn“.

Der 1935 von Himmler gegründete „Lebensborn e.V.“ war eines der Haupt-Ämter in der Gesamtstruktur der SS. Ihm oblag die Betreuung und Aufzucht von Kindern, ob ehelich oder unehelich geboren, sofern sie nur „rassisch wertvoll“ erschienen. Diesem Zwecke diene zum Beispiel die Einrichtung spezieller Heime oder die Übernahme von Patenschaften und Adoptionen durch SS-Angehörige. In den besetzten Gebieten ging die SS auch dazu über, in großem Umfang ausgewählte Kinder zu rauben und in das Reich zu verschleppen. Himmler ging es um eine möglichst wirkungsvolle Reproduktion „rassisch guten Blutes“ zur Aufrechterhaltung und Förderung des großdeutschen Herrschaftsanspruchs.

Auch im besetzten Norwegen wurden Heime dieser Art eingerichtet. B. berichtete darüber: „Mir oblag die Versorgung und Einrichtung von Heimen. Es waren insgesamt ungefähr 10 000 uneheliche Kinder zu betreuen. Zur Verfügung standen 13 Heime, in denen die Mütter bereits vom 3. bis 4. Monat vor der Geburt bis etwa 8 bis 10 Wochen danach Aufnahme fanden. Die Mütter erhielten, wenn einwandfrei feststand, dass ein Deutscher der Erzeuger war, beim Verlassen des Heimes einen Kinderwagen, Kinderwäsche und monatlich 40 Kronen für das Kind. Der uneheliche deutsche Vater, ganz gleich, wo er bedienstet war, brauchte nichts zu zahlen. Das Geld stellte der deutsche Staat zur Verfügung.“ Es schien keinen Zweifel daran zu geben, dass aus einer Verbindung eines deutschen Mannes und einer norwegischen Frau nur Kinder mit „rassisch gutem Blut“ geboren werden konnten, während an geraubte polnische Kinder überaus strenge Auslese-Maßstäbe gelegt wurden.

Werkzeug des Terrors.

B.s Aktionsradius als SS-Sturmführer reichte weit über Barmstedt hinaus. Hier einige Beispiele, die der Veranschaulichung des damaligen politischen Klimas dienen können. Diese Begebenheiten stellen jedoch nur eine sehr kleine Auswahl dar, zusammengehalten durch den Bezug auf diese eine Person des B. Sie sind Streiflichter aus der Wirklichkeit und

Erfahrungswelt der damaligen Bürger, von denen manche an ihnen direkt oder indirekt beteiligt waren. Allen aber wurde durch das Auftreten von B. und seinen Untergebenen konkret vor Augen geführt, was Nationalsozialismus, zu dem sich die große Mehrheit der Bevölkerung bekannte, bedeutete.

Im Juni 1934 überreichte B. im Auftrag des damaligen Stabs-Chefs der SA Ernst Röhm in Kaltenkirchen Ehrendolche an mehrere verdiente SS-Männer.⁶ Im Februar 1935 eröffnete er, ebenfalls in Kaltenkirchen, einen Kameradschaftsabend des SS-Sturms 8/4 mit „Deutschem Tanz“, Theaterstücken aus dem Soldatenleben und lustigen Vorträgen des Parteigenossen Schmidt aus Barmstedt .

Durch Recht und Gesetz ließ sich B. wenig beugen. Während er im Juni 1933 in Ulzburg mit dem dortigen SS-Zug unter E. Schümann Dienst tat, erschienen der Ulzburger Ortsgruppenleiter Heinrich Petersen und dessen Stellvertreter Willi Grimm und forderten die beiden SS-Führer auf, einen überfallartigen Marsch zur Allgemeinen Ortskrankenkasse durchzuführen. Deren Leiter Lübcke, parteilos, aber der SPD zuneigend, hatte sich nicht bereitgefunden, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beizutreten. Das erschien den örtlichen Parteiführern Grund genug, ohne jegliche Legitimation gegen den schon älteren Mann vorzugehen. B. und Schümann folgten ohne zu zögern. Während ihre 35 SS-Männer vor dem Haus am Krambekweg angetreten blieben, drangen Petersen und Grimm und die beiden SS-Führer in die Wohnung ein, wobei Frau Lübcke in Ohnmacht fiel. Sie erklärten Lübcke für abgesetzt, desgleichen seinen ebenfalls in der AOK-Dienststelle tätigen Sohn Hans-Georg. Auf Lübckes Verlangen wurden die beiden Vorstandsmitglieder H. L. und E. L. aus Alveslohe herbeigeholt, die aber nichts ausrichten konnten oder wollten. Da Lübcke bei seiner Verweigerung des Rücktrittes blieb, beließ man in seiner Wohnung und Dienststelle zwei SS-Männer als Wache, bis ein Nachfolger zur Stelle war. Alle Beschwerden Lübckes und seines Sohnes bei höheren Stellen blieben, da beide als politisch unzuverlässig galten, erfolglos. Im November 1932 geriet B. zusammen mit anderen Angehörigen der SA und SS auf die Anklagebank des Sondergerichts Altona. Sie alle waren angeklagt der Teilnahme an einem Attentat mit Handgranaten auf die Gaststätte Schütterow, Elmshorn, in der sich das Büro der Elmshorner KPD befand.

Im Juli 1932 wurde in Barmstedt von einem fahrenden Motorrad aus eine Handgranate gegen das Lokal „Goldener Stern“ (heute „Barmstedter Hof“) von Johann Heimann geschleudert‘ in dem sich Kommunisten zu treffen pflegten. Sie verfehlte jedoch das Ziel und fiel durch die Fensterscheibe der benachbarten Wohnung von Gottschalk, wo sie erheblichen Sachschaden anrichtete. B., auf den der Verdacht fiel, gelang es, das Sondergericht Altona davon zu überzeugen, dass nicht er der Täter gewesen sei, sondern SS-Männer aus Elmshorn, die dafür mit 6 Jahren Zuchthaus bestraft wurden. B. selber kam als Mitwisser mit 4 Monaten Gefängnis davon, die er freilich wegen einer Amnestie im November 1932 nicht abzusitzen brauchte.

Bald nach der Machtübergabe an Hitler bestimmte Terror das politische Klima in der Stadt. Die ausführenden Organe waren überall im deutschen Reich vorwiegend die Organisationen der NSDAP, allen voran die **SS**. Das war in Barmstedt nicht anders. Der örtliche SS-Führer galt ja allgemein als besonders aktiv und gewalttätig. Bei B. lag die Hauptverantwortung für die Gewalttaten, an denen die SS beteiligt war. Volle Verantwortung trug aber auch Bürgermeister Dr. Paul Schröder (1932—1939), zu dessen Amtspflichten es auch im Dritten Reich gehörte, das Wohl und den Schutz aller Bürger zu wahren.

Der Terror, der hier an einigen Beispielen illustriert werden soll, fand in aller Öffentlichkeit statt, denn nur, wenn die gesamte Öffentlichkeit ihn wahrnahm, konnte sein Zweck erreicht werden: Einschüchterung und Abschreckung jeglicher Opposition.

Seit 1929 leitete Wilhelm Franke die Barmstedter Knabenschule. Da er als republiktreuer Sozialdemokrat galt, richtete sich gegen ihn besonderer Hass. Barmstedter Nationalsozialisten drangen in seine Wohnung ein, legten ihm ein Schild um den Hals mit der Aufschrift: „Ich bin ein Novemberverbrecher“⁹ und führten ihn so aus dem Hause. Danach wurde er mit einem Berufsverbot belegt. Die Leitung der Schule übernahm dann bis 1945 der Lehrer Fritz Timm. Die besondere Wut der Nationalsozialisten richtete sich gegen die in Barmstedt verhältnismäßig stark vertretene Kommunistische Partei und ihre Mitglieder. Am 20. 6. 1933 holten Angehörige der SA und SS nachts etliche Mitglieder aus den Betten, führten sie in den Wald, legten ihnen Stricke um den Hals und feuerten Schüsse ab. So vollzogen Barmstedter Bürger an ihren Mitbürgern eine Art Scheinhinrichtung¹⁰.

Erste Verhaftungen erfolgten am 4. Juli 1933, als man einige Kommunisten beim Austragen von Flugblättern überraschte. Das Sondergericht Altona verurteilte sie zu Gefängnisstrafen, die sie in Neumünster absitzen mussten. Theo Decker, mit 19 Jahren der jüngste unter ihnen, erhielt eine Haftstrafe von 1 ½ Jahren.¹¹ Anfang Juli 1934 wurde das jährliche Kinderfest gefeiert. Die Schluss-Veranstaltung auf dem Marktplatz (damals „Adolf-Hitler-Platz“) endete mit dem Absingen der beiden Nationalhymnen, dem Deutschlandlied und dem Horst-Wessel-Lied, wobei der rechte Arm zum Hitler-Gruß zu erheben und die Kopfbedeckung abzunehmen war.

Letzteres wurde von mehreren Bürgern verweigert: Karl Mohr (1945 Bürgermeister), Wilhelm Hermsmeier und Fr. Winterberg. Sie wurden vorübergehend in „Schutzhaft“ genommen. Bei Karl Mohr wurden an demselben Abend mehrere Fensterscheiben seiner Wohnung in der Reichenstraße eingeworfen. Mohr besaß den Mut, gegen diese Behandlung gerichtlich zu klagen. Der ortsansässige Rechtsanwalt Dr. Raabe leistete ihm Beistand. Doch die Klage wurde vom Gericht abgewiesen und nun auch als Rache dem Rechtsanwalt die Scheiben zertrümmert. Nach B.s Aussage geschah das durch die Barmstedter SS-Männer Willi L. und Heinrich K. Die Ermittlungen der beiden Polizeimeister M. und K. 1947 ergaben eine Mittäterschaft des B. Dr. Raabe richtete unmittelbar nach diesen Vorgängen ein mutiges „Rundschreiben“ an die Bevölkerung der Stadt, worin er den Bürgermeister und B. als Verantwortliche beschuldigte. B. wies später vor dem Spruchgericht die Anschuldigungen zurück. Das Ganze sei zwar durch seine

SS-Männer Hermann B., Hermann W. und einen weiteren geschehen, jedoch gegen seinen ausdrücklichen Befehl. Dieser verständliche Entlastungsversuch hat freilich wenig Wahrscheinlichkeit für sich, wenn man sich die strenge Disziplin in der SS vergegenwärtigt.

Im Juli 1934 verhafteten die Barmstedter Parteiorganisationen sieben Bürger wegen verschiedener Widerstandshandlungen: Schmied Johann Möller, Maler Heinrich Neben, Maurer Hans Sahlmann, Arbeiter August Paetzel, Schuhmacher Willi Möller, Maler Erich Rüstau und Maurerlehrling Robert Decker. Diese hatten regelmäßig kommunistische Flugblätter und Zeitschriften verteilt, Parteibeiträge kassiert und geheime Zusammenkünfte organisiert. Man verhörte sie im Rathaus, sperrte sie in die Gefangenzelle im Pflegeheim und lieferte sie dann in die Landesarbeitsanstalt Glückstadt ein. Johann Möller wurde zu 1 ½ Jahren Gefängnis verurteilt, Heinrich Neben wurde in das Konzentrationslager Esterwegen gesperrt.

Am 19. Dezember 1934 wurde im Kreis Pinneberg eine große Verhaftungswelle ausgelöst, um die immer noch spürbare Widerstandstätigkeit der Kommunisten endgültig zu unterdrücken. Betroffen waren auch die 11 Barmstedter Bürger W. Starkjohann, Ernst Kunde, H. Sahlmann, J. Strecker, H. Decker, L. Zeise, H. Kernberger, H. Weiß, J. Schinkel, E. Rüstau und Emil Schnell. Bis April 1935 saßen sie in der Strafanstalt Fuhlsbüttel in Einzelhaft, danach schaffte man sie in das KZ Esterwegen.

Schon am 10. Juni 1933 hatte B., angeblich auf Anordnung des Barmstedter Ortsgruppenleiters Möckelmann, eine besonders infame Aktion inszeniert. Man ergriff den etwa 60-jährigen Christian W., zwang ihn, an einem langen Stiel ein Schild vor sich her zu tragen mit der Aufschrift „Ich bin ein Zins-Wucherer“. So zog man mit ihm durch die Stadt: An der Spitze W., neben ihm „zu seinem Schutz“ der Hilfspolizist K., dann B. und seine SS-Truppe. Der Ortsgruppenleiter zog es vor, sich etwas mehr im Hintergrund zu halten.

Noch in einer Vernehmung im Jahre 1948 rechtfertigte B. dies Vorgehen: „Es ist ja allgemein bekannt und war auch mir bekannt, dass W. ein großer Wucherer gewesen ist.“

Die Kriminalpolizei Hamburg ermittelte 1948, dass B. selbständig und eigenmächtig Verhaftungen und Misshandlungen politischer Gegner durchgeführt habe. So habe er 1933 den Zimmermann Wilhelm T. aus Vossloch, der der SPD nahe stand, gewaltsam in dessen Wohnung festgenommen, in die Gefangenen-Zelle gesperrt und ihn 5 Minuten lang mit einem Gummiknüppel misshandelt. 1934 habe er den Schuhmacher Josef P. vor versammelter SS-Mannschaft mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Im Juli 1934 wurde Johann M. zu nächtllicher Stunde durch den Barmstedter Polizisten St. verhaftet und in Glückstadt über 4 Monate in Einzelhaft gehalten. Das Berliner Kammergericht verurteilte M. wegen Besitzes illegaler Flugblätter zu 11/2 Jahren Gefängnis. Nach seiner Entlassung holte ihn Gärtner N.,

Standortältester der Barmstedter SA, aus seinem Haus und zwang ihn, vor den angetretenen Stürmen der SA und SS den Hitler-Gruß zu üben.

Dies alles muss man sich vergegenwärtigen, wenn man erfährt, dass B. von 1933 bis 1942 nebenberuflich das überaus vertrauliche Amt des Vollziehungsbeamten der Stadt Barmstedt ausübte und dass er spätestens ab 1939 die Bevölkerung der Stadt als Ratsherr vertrat.

„Von Judenverfolgung nichts gehört.“

1947 vor Gericht versicherte B.: „In unserer Gegend gab es überhaupt keine Juden, so dass auch das Judenproblem im Sturm nicht behandelt wurde.“ Von einer Verfolgung von Juden habe er nichts gehört. Demgegenüber berichtete die Barmstedter Zeitung Ende Juli 1935, wie man sich der „ungebetenen Rasse- und blutsfremden Gäste“, die als Sommerfrischler im benachbarten Voss-Loch logierten, entledigt hatte — und das wohl kaum ohne Mitwirkung, sicher nicht ohne Wissen der SS. Die Zeitung stellte triumphierend fest: „Das bekannte anmaßende Auftreten der Schwarzgeäugten und -gelockten Gäste erregte bald allgemeinen Unwillen bei den deutschen Volksgenossen, und oft hörte man die Forderung nach möglichst umgehender Wiederabreise der semitischen Fremdlinge. Aber diese scheinen hiervon keine Notiz zu nehmen.

Da entschlossen sich zahlreiche Volksgenossen zur Anwendung eines Radikal-Mittels. Sie zogen am Montagabend vor das betreffende Pensionshaus und gaben ihrer Forderung durch laute und andauernde Sprechchöre, durch Plakate usw. in nicht mißzuverstehender Weise Ausdruck. Das half. Am vorgestrigen Tage packten die Knoblauchjünger ihre Koffer und verschwanden ohne Sang und Klang, hoffentlich auf Nimmerwiedersehen. Vossloch ist also wieder frei von Juden, es weht hier wieder reinste, unverfälschte Erholungsluft.“

„In unserem Land“ gab es sehr wohl Juden. Insbesondere als gelegentlich auftretende Hausierer oder als — vielfach hochgeschätzte — Viehhändler kamen jüdische Menschen mit der hiesigen ländlichen Bevölkerung in Kontakt. Das Bild „des Juden“ als Sündenbock des deutschen Bürgers aber formte sich an den böartigen Entstellungen in den damaligen Medien, nicht zuletzt auch in den infamen Darstellungen in nationalsozialistischen Hetzschriften wie „Der Stürmer“.

In einem Ermittlungsbericht der Hamburger Kriminalpolizei vom 19. 3. 1948 wurde festgestellt, dass sich Teile der 4. SS-Standarte, zu der auch der Barmstedter Sturm gehörte, an den Ausschreitungen der Progrom-Nacht 1938 beteiligt hatten. Es ist kaum vorstellbar, dass ein so fanatischer SS-Führer wie B. an dieser Aktion nicht auf irgendeine Weise beteiligt gewesen sein sollte. Die Elmshorner Nachrichten vermerkten dazu am 10. 11. 1938: „Die Synagoge auf dem Flamweg in Elmshorn ist während der Nacht abgebrannt; das alte Kampflied der SA: „Hallo, die Synagoge brennt!“ wurde Wirklichkeit. Eine Reihe von Juden wurde von der Polizei in Schutzhaft genommen, Juden, nicht etwa die Täter.

Was B. zum Juden-„problem“ macht, waren die mit den Boykotten jüdischer Geschäfte und Unternehmen im März und Anfang April 1933 beginnenden Verfolgungsmaßnahmen durch Partei und Staat gegen die jüdischen Mitbürger im gesamten Reich bis zur Progrom-Nacht am 9. November 1938. Alle diese Aktionen geschahen öffentlich und wurden in sämtlichen Zeitungen des Reiches, auch in der Barmstedter Zeitung, ausführlich und zustimmend behandelt.

Zudem war B. nach eigener Bekundung Bezieher und Leser der offiziellen SS-Wochenschrift „Das Schwarze Korps“, in der u. a. auch die Rassenpolitik NS-Deutschlands ausgebreitet und begründet und gegen die Juden ein wahrer Vernichtungshass geschürt wurde. Als Führer eines SS-Sturmes nahm B. selbstverständlich an Dienstbesprechungen übergeordneter SS-Stellen teil, bei denen über die Ziele des Nationalsozialismus bezüglich der Juden im Klartext geredet wurde. B. gab auch zu: „Von Elmshorn war mir bekannt, dass von dort Juden nach dem Osten umgesiedelt worden sind“, wie er überhaupt gewusst habe, dass „Juden nach dem Osten abtransportiert“ wurden. Es ist nicht vorstellbar, dass er nicht gewusst haben sollte, welcher eigentlicher Zweck hinter diesen „Umsiedlungen“ stand.

Jedem SS-, SA- und auch Hitlerjugend-Führer war als Ergebnis intensivster Schulung klar, dass eine Umsiedlung von Juden gerade in den „Osten“ vollkommen ausgeschlossen war. Denn eben dieser im Osten geraubte neue „Lebensraum“ war als deutsches Bauernland und als Bollwerk gegen die Völker des Ostens gedacht, in dem zwar slawische Heloten gebraucht und geduldet werden sollten, nicht aber die mit tödlichem Hass und grenzenloser Verachtung verfolgten Juden.

B.s ausdrückliche Beteuerung, die SS sei an diesen „Umsiedlungen“ nicht beteiligt gewesen, zeugt gegen ihn. Dass die Konzentrationslager, insbesondere die späteren Vernichtungslager, der eigentliche Herrschaftsbereich der SS waren, bedarf heute keines Beweises mehr.

Auch behauptete B., dass ihm von der Existenz jener Einsatzgruppen und -kommandos der SS, die in der Sowjetunion hinter der Front und geschützt durch die Wehrmacht jahrelang auf die massenhafte Vernichtung von Juden und angeblichen Bolschewisten spezialisiert waren, „nie etwas zu Ohren gekommen“ sei. Überhaupt habe er von Gräueltaten der SS an Zivilpersonen und Kriegsgefangenen keine Ahnung gehabt. Auch mit dieser Lüge suchte B. seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Schon bald nach Beendigung des Polenkrieges, dann nach dem Überfall auf die Sowjetunion berichteten Beteiligte und Augenzeugen unter den Urlaubern in der Heimat von solchen Untaten. 18)

Konzentrationslager.

Unter den zahlreichen Konzentrationslagern will B. lediglich von Neuengamme gewusst haben: „Soviel ich gehört hatte, waren die Insassen asoziale und kriminelle Elemente, die von den Gerichten abgeurteilt waren. Mir war nicht bekannt, dass Leute hineinkamen ohne richterliches Verfahren“ — eine Zweck-Lüge, die sich beispielsweise im Umkreis des damaligen KZ-

Außenkommandos Kaltenkirchen bis heute am Leben erhält.

Die Wahrheit ist, dass während der ersten Jahre des Dritten Reiches alle deutschen Zeitungen sehr häufig Berichte über Einlieferungen von politischen Gegnern in die Konzentrationslager sowie über diese Lager selber brachten. Sehr ausführlich las B. darüber im „Schwarzen Korps“. Er wusste auch von der Auswahl und Ausbildung von SS-Wachmannschaften für die Lager. Er selber war an der willkürlichen Einlieferung auch Barmstedter Bürger in die Landesarbeitsanstalt Glückstadt und dann in das KZ Esterwegen beteiligt gewesen. Fast jeder Bürger wusste damals von den „Emsland-Lagern“, insbesondere vom KZ Esterwegen. Alle holsteinischen Tageszeitungen brachten im April 1933 Abbildungen und Beschreibungen des KZ Oranienburg, später Sachsenhausen. Das mit Druckerlaubnis der Gestapo Kiel erscheinende Mitteilungsblatt „Bekennnisgemeinschaft der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein“ berichtete fortlaufend über die in Konzentrationslagern eingesperrten Pastoren. Über diese Dinge war mehr und besser als alle anderen Bürger der SS-Führer B. informiert.

Auch im KZ Kühlen in den Anstalten der Inneren Mission Schleswig-Holsteins in Rickling befanden sich allein 44 politische Häftlinge aus dem Kreis Pinneberg.²⁰ Keiner dieser Einweisungen lag eine richterliche Entscheidung zugrunde. Das Lager Grini bei Oslo, in welchem norwegische politische Häftlinge einsaßen, kannte B. nach eigener Aussage, desgleichen das dortige Hauptquartier der Gestapo in der Viktoria-Terrasse. Er hatte also reichlich Gelegenheit zu umfassender Information.

Das Spruchgericht.

B. resümierte: „Ich bin nie auf den Gedanken gekommen, dass die SS aufgestellt wurde, um verbrecherische Handlungen zu begehen.“ Damit bezog er sich auf den im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess festgestellten Tatbestand, dass u. a. auch die SS als „verbrecherische Organisation“ zu gelten habe.

Tatsächlich wurde B. vom Spruchgericht Stade allein „wegen Zugehörigkeit zur SS in Kenntnis von deren Verbrechen“ zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, die indessen durch die Internierungshaft in Sandbostel als verbüßt galten. Die Kette von Gewalttaten und kriminellen Handlungen, die seine ganze Dienstzeit in der SS begleitete, wurde vom Gericht nicht berücksichtigt. Kein Staatsanwalt ließ sich vom Legalitätsprinzip des Strafgesetzbuches dazu bewegen, gegen B. Anklage zu erheben. Auch von Seiten früherer Opfer und Zeugen scheinen keine Strafanzeigen ergangen zu sein. Bedenkt man die Sorgfalt und Unnachsichtigkeit, mit der „normale“ Gesetzesübertretungen wie beispielsweise Diebstahl oder Betrug verfolgt wurden und werden, so ist es schon auf den ersten Blick sehr erstaunlich, wie man angesichts so schwerer Straftaten wie Freiheitsberaubung und körperliche Misshandlungen die Augen fest zudrücken konnte.

Sicher gibt es dafür auch organisatorische Gründe, etwa die sehr große Zahl der zu bewältigenden Verfahren gegen schwerbelastete Nationalsozialisten und die mangelhafte personelle Ausstattung der Gerichte. Schwerer wiegt aber die zunehmende Weigerung unbelasteter Bürger, sich an den Prozessen zur Selbstreinigung der deutschen Gesellschaft zu beteiligen, weil man fürchtete, sich damit selber vor der großen Mehrheit der Bevölkerung in Verruf zu bringen. Der Zusammenbruch 1945, von den Opfern von Terror und Verfolgung als Befreiung erlebt, wurde von der Mehrheit als von Schicksal und „Vorsehung“ unverdientermaßen verhängte Demütigung empfunden, die dann in Selbstmitleid und Trotz mündete. Eine kollektive Einsicht in die deutsche Schuld, die sich bereits mit der massenhaften Unterstützung der Hitler-Bewegung schon vor 1933 aufgehäuft hatte, und eine entschiedene Abkehr vom Wege nationaler Überheblichkeit hatte nicht stattgefunden. Eine allgemeine Verhärtung gegenüber den Leiden der anderen, die innere Verschließung gegen eigenes Versagen und Mitmachen und die dennoch nagenden Gewissensregungen lähmten die Hände, die beim Werk der Selbstreinigung hätten helfen können und müssen. Mit B. und seinesgleichen empfanden sich viele Bürger selber als Angeklagte vor den Spruchkammern und ergriffen heftig Partei für ihre früheren Führer in „großer Zeit“. Auch kirchliche Autoritäten entdeckten ihr Herz eher für die Angeklagten als für die Opfer und die Richter. Manche Kanzelabkündigung, wie etwa jene „Betr. Denunziation“ vom Herbst 1945 der Vorläufigen Leitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins unter Präses Halfmann, konnte nur zu leicht als Aufruf zur Verweigerung jeglicher Mitwirkung bei den Bemühungen um richterliche Entnazifizierung verstanden und dankbar aufgegriffen werden. Und nicht zuletzt hatte der inzwischen einsetzende Kalte Krieg immer mehr Menschen darin bestärkt, dass der eigentliche Feind — vor wie nach 1945 — nicht der Nationalsozialismus war, sondern der Kommunismus.

Persil-Scheine.

In diesem Stimmungsdunst hatten die „Persil-Scheine“ ihre große Konjunktur.²³ Die Spruchgerichtsakten im Bundesarchiv Koblenz bergen Unmengen solcher Begünstigungszeugnisse für belastete NS-Größen. Die meisten tragen offensichtlich das Zeichen der Unwahrhaftigkeit. Es sind einfach massive Falschaussagen, die aber von den überlasteten Gerichten nicht geprüft wurden.²⁴ Doch verfehlten sie ihre entlastende bzw. strafmildernde Wirkung zumeist nicht. Auch B.s Akte enthält zahlreiche Dokumente dieser Art. Bevor wir uns einer genaueren Betrachtung dieser Dokumente zuwenden, wollen wir einen Blick auf den Personenkreis werfen, deren Aussagen B. belasteten.

Hierher gehören die Ergebnisse der dienstlichen Ermittlungen zweier Polizeibeamter aus Barmstedt, von denen der eine B. persönlich nicht gekannt hat, da er sich erst seit April 1945 in Barmstedt aufgehalten hatte. Beide führten einige der oben beschriebenen Gewalttaten B.s auf und glaubten erkannt zu haben, dass dieser Mann „seit dem Zusammenbruch 1945 von der hiesigen Bevölkerung allgemein sehr gehasst“ werde. Andererseits sei ihnen aber auch die Mei-

nung begegnet, B. sei im Laufe der Jahre friedlicher geworden. Für die Behauptung, er habe Bedürftigen und auch politisch Andersdenkenden geholfen, hätten sich freilich weder Beweise noch Zeugen finden lassen.

Vier der oben genannten von B. verfolgten NS-Gegner berichteten offen und knapp, was ihnen durch B. widerfahren war.

Jene Aussteller der Persil-Scheine waren anscheinend von unterschiedlichen Motiven geleitet. Verwandtschaftliche Bindungen lagen in keinem Falle vor. Sehr nahe liegend ist die Vermutung, dass Angehörige, Verwandte und Freunde B.s, die selber wegen ihrer NS-Zugehörigkeit belastet waren, lieber andere Mitbürger bewegt haben, B. durch ihre Aussagen zu begünstigen.

Catharine S. resümierte: „Herr B. zeigte als guter Deutscher Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung auch seinen politischen Gegnern gegenüber“, und Gustav S. erklärte an Eides statt: „Seine von höchstem Idealismus getragene Auffassung der Idee des Nationalsozialismus und sein tiefes soziales Empfinden mit den während der Krisenjahre vor 1933 darbanden Volksgenossen berührten mich sehr wohlthuend.“

Die Brüder E. und H. L. aus Alveslohe erinnerten sich voller Lob, dass B. den einen der beiden durch seine Fürsprache aus einer kurzen Gestapohaft befreit habe. Dieser Gunst lag ein enges Verhältnis zwischen beiden zugrunde. B. hatte sich bemüht, H. L., einen guten Turner, zum Eintritt in die SS zu bewegen. Der hatte sich diesem Werben aber entzogen, „weil zu viel militärischer Dienst gemacht wurde“. Er fügte aber hinzu: „Dass es sich bei der SS um Politik handelte, war mir nicht bekannt.“ Jener Willkürakt gegenüber dem Ulzburger Krankenkassenleiter fiel ihm nicht mehr ein. Der Fall dieses Brüderpaares ist besonders aufschlussreich. Der ältere war während der Weimarer Zeit im Wirkungsbereich konservativer Strömungen, insbesondere der Landvolkbewegung hervorgetreten. Beide hielten auch nach 1933 eher an ihrer deutschnationalen Einstellung fest und wahrten möglichst etwas Distanz zur NSDAP. Seinen Grund hatte das sicher weniger in politischen Differenzen, als vielmehr in ihrer heftigen Abneigung, als Eigentümer ansehnlichen Grundbesitzes sich den Befehlen und dem rüden Ton emporgekommener Führer der NS-Organisationen zu unterwerfen. Noch nach 1945 bekundeten sie ihre grundsätzlich positive Einstellung zu wesentlichen Punkten und politischen Maßnahmen von Partei und Staat. Auf diesem Hintergrund wird ihr Eintreten für B. verständlich. Elegant zog sich Barmstedts langjähriger Bürgermeister Dr. Schröder aus der Affäre. Er wusste 1947 schon nicht mehr, ob er B., seinen Vollstreckungsbeamten und städtischen Ratsherrn, „überhaupt gekannt“ hatte.

Schwer verständlich erscheinen Aussagen von Wilhelm K., der zu seiner Person angab, vor 1933 „Führer der Rotfront“ in Barmstedt, also kommunistischer Funktionär gewesen zu sein. In der Tat gehörte er um 1919 zu den Begründern der KPD in Barmstedt. Aus dem Ersten Weltkrieg war er als Invalide zurückgekehrt.

K. versicherte dem Gericht, er sei „immer gut mit B. ausgekommen, da dieser vernünftig und einsichtsvoll gewesen“ sei. Er habe sich dem Nationalsozialismus aus „Idealismus“ angeschlossen. Mit B. habe man sich ruhig und sachlich über politische Fragen unterhalten

können. „Er achtete die Meinung politisch Andersdenkender und lehnte jede Gewaltpolitik ab.“ Gleichzeitig berichtete K., dass er selber 1934 „von den Nazis“ ins KZ gebracht werden sollte, so als sei B. nicht einer der mächtigsten „von den Nazis“ in der Stadt gewesen und als habe er mit den erwähnten Verhaftungen nichts zu tun gehabt. B. habe sich vielmehr „voll und ganz für mich eingesetzt, so dass ich vor dem KZ bewahrt wurde. Ihm verdanke ich die Anstellung bei der EBOE.“ (K. wurde tatsächlich Schrankenwärter an einem Bahnübergang der Elmshorn-Barmstedt-Oldesloer-Eisenbahn.) Und er fügte hinzu: „Es tut mir leid, dass ein Mann wie Herr B. heute noch als Internierter hinter Stacheldraht sitzt, da er immer ein anständiger Mensch gewesen und geblieben ist und vielen Gegnern des Nationalsozialismus geholfen hat.“ Und, wohl um die Glaubwürdigkeit seiner Ausführungen zu erhärten, wies er abschließend darauf hin, dass er selber „auch jetzt wieder Mitglied der KPD“ sei - was freilich nicht der Wahrheit entsprach. Hinter diesem Persil-Schein dürfte sich eine jener Tragödien verbergen, wie sie sich in jenen Jahren tausendfach zugetragen haben. Menschliche Schwachheit - und hier zeigte sie sich gleich mehrfach im benachteiligten sozialen Status, in Kriegsverletzung und schwerer körperlicher Behinderung- unterlag der Gewalt und der Verführungskraft der Machthaber. Die Bewahrung des Invaliden vor dem KZ mit seinen Schrecken, während die Genossen abgeführt wurden —das kann schon zu einer Abhängigkeit führen.

Es ist leicht verständlich, dass ein Mensch wie dieser K. das starke Verlangen hatte, aufgenommen zu sein und sich anzulehnen an feste Stützen. Dies Bedürfnis wird ihm anfangs wohl der in der Barmstedter KPD herrschende enge Zusammenhalt erfüllt haben. Nach deren Zerschlagung und erschreckt durch die Gewalttätigkeit der neuen Machthaber, lehnte er sich an diese an, vornehmlich an die starke Persönlichkeit des B. Und 1945 wird er keinen Grund gesehen haben, sich von den neuen Freunden wieder abzuwenden und neue, schwer zu ertragende Isolierung in der kleinen Stadt auf sich zu nehmen.

Das gemeinsame Hobby der Taubenzucht führte K. und B. noch enger zusammen und begründete sogar ein freundschaftliches Verhältnis. Diese Freundschaft mit einem Exponenten des NS-Unrechtsstaates, dessen Emblem Totenkopf und gekreuzte Knochen waren, überdeckte sogar eine besonders schlimme Erfahrung des K.: Sein Schwager Heinrich A. wurde unter dem Programm der „Euthanasie“ ermordet, und von ihm, K., wurde die Begleichung der dabei entstandenen Kosten gefordert.

Zusammenfassung.

Die hier behandelten Vorgänge enthüllen das Bestreben, Barmstedts radikalsten Vertreter und Täter der NS-Ideologie aus der Internierungshaft herauszupauken, ihn und seine Fähigkeiten in den Restaurationsprozess der Nachkriegsjahre einzubinden.

Mit Schrecken erkannten manche Zeitgenossen, dass bei einer konsequenten und wirksamen Selbstreinigung vom Nationalsozialismus für die wichtigsten Gebiete wie Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Bildungswesen fast nur sozialistisch bzw. linksorientierte Menschen zur Verfügung

gestanden hätten. 1945 wurde der Sozialdemokrat Karl Mohr Bürgermeister in Barmstedt. 1946 folgte ihm für kurze Zeit der Kommunist Hans Pyterek.²⁶ In der Abwehrfront solcher Weichenstellung erschienen — nicht nur in Barmstedt — Personen wie B. mit seinen einschlägigen politischen Erfahrungen als unverzichtbare Mitstreiter gegen zu weitgehende demokratische Tendenzen. Weit und breit im Lande gelangten aktive und bekannte Nationalsozialisten in führende Positionen. Derartige restaurative Tendenzen konnten aber nur unter dem Schleier des Vergessens und Verdrängens gedeihen.

Die, wenn auch sehr späte Aufdeckung der zeitgeschichtlichen Tatsachen, vor allem aber ihre zusammenhängende und möglichst vollständige Bearbeitung wäre ein guter Dienst für die Stadt Barmstedt.

Anmerkungen

¹ Jahrbuch f. d. Kreis Pinneberg, 1990, 5. 185—187.

² Die dem Spruchkammerverfahren gegen B. zugrunde liegenden Akten wurden mir im Bundesarchiv in Koblenz zugänglich gemacht, freilich mit der Auflage, den Namen des Betreffenden zu „anonymisieren“. Dem bin ich nachgekommen durch Reduzierung seines Namens auf „B“.

³ Günter d'Alquen, Die SS. Berlin 1939. 5. 13. H. Himmler zum Status der SS-Bewerber: „Er wird dort unerhört geprüft und überprüft. Von 100 Mann können wir im Durchschnitt allenfalls 10 oder 15 brauchen, mehr nicht . . .“; zit. nach Gutachten d. Instituts f. Zeitgeschichte. München 1958, 5. 349.

⁴ Heinrich Himmler, Rede vor SS-Obergruppenführern in Posen am 4. 1. 1943; zit. nach Edward Crankshaw. Die Gestapo. Berlin 1956. 5. 25.

⁵ Roman Hraber, Z. Tokarz u. J. E. Wilczur. Kinder im Kriege — Krieg gegen Kinder. Reinbeck 1981, 5. 232 ff. u. 323 f.

⁶ Kaltenkirchener Zeitung v. 13. 6. 1934

⁷ Kaltenkirchener Zeitung v. 18. 2. 1935

⁸ Fritz Bringmann, Herbert Diercks, Die Freiheit lebt! Frankfurt 1983, 5. 17.

⁹ Die Sozialdemokratie galt den Nationalsozialisten und vielen Bürgerlichen als die Schuldige an der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und als die Urheberin des Revolutionsversuches 1918/19 und damit als Wegbereiterin der verhassten demokratischen Weimarer Republik. Daher die geläufige Bezeichnung als „Novemberverbrecher“.

¹⁰ Kommunistisches Echo v. Juni 1979 (Publikationsorgan der Barmstedter DKP).

¹¹ 1933. Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen. Hrsg. von Ingka Brodersen u. a. Reinbek 1983, 5. 127 f.

- ¹² Kaltenkirchener Zeitung v. 5. 7. 1934.
- ¹³ Kaltenkirchener Zeitung v. 28. 7. 1934.
- ¹⁴ Kommunistisches Echo v. Juli 1979.
- ¹⁵ Harald Jenner. Konzentrationslager Kühlen 1933. Rickling 1988, 5. 44.
- ¹⁶ zitiert nach „1933“, 5. 139.
- ¹⁷ Diese gesamte Konzeption wurde z. B. auch mir während meiner Ausbildung an der Lehrerbildungsanstalt in Lunden, Norderdithmarschen (1940—1942) in absoluter Deutlichkeit mit auf den Weg gegeben.
- ¹⁸ Dies trifft z. B. zu für Personen aus meiner eigenen engeren Verwandtschaft.
- ¹⁹ Bei uns . . . 1933—1945. Hrsg. von Klaus-J. Lorenzen-Schmidt. Engelbrechtsche Wildnis 1983, 5. 15 f.
- ²⁰ Jenner, a. a. O., 5. 44.
- ²¹ Adalbert Rücken. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945—1978. Heidelberg, Karlsruhe 1979.
- ²² G. Hoch. Die Zeit der „Persil“-Scheine; in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch z. Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein. Bd. 4, Kiel 1989, 5. 369 ff.
- ²³ Hoch, Zeit d. Persil-Scheine, 5. 355—371.
- ²⁴ Rücken, a. a. O., 5. 40.
- ²⁵ Der Begriff des „Idealismus“ findet sich in einer Vielzahl von Persil-Scheinen als beschönigendes Motiv für besonderes NS-Engagement angegeben. Auch während der Zeit des Dritten Reiches und davor gehörte dieses Wort zu den gängigen Phrasen. Damit sollte zweierlei ausgedrückt werden:
1. Die als „Idealist“ bezeichnete Person habe sich, ohne auf irgendeinen persönlichen Nutzen bedacht zu sein, der „Idee“ des Nationalsozialismus verschrieben.
 2. Der NS-Idealist war erfüllt von der NS-Ideologie in dessen reinsten, kristallklarer Form. So trat sie vor allem in den Kreisen der SS, aber auch in der Führerschaft der Hitler-Jugend und, wie ich selber es erlebte, in den Lehrerbildungsanstalten zutage. Und diese Ideologie beanspruchte den totalen Einsatz jener Sekundärtugenden wie Pflichtbewusstsein, Treue, Tapferkeit, Ordnungssinn, Sauberkeit usw. Diesen „Idealisten“, auch mir selber, stand die NS-Ideologie in ihrer ganzen Unmenschlichkeit und Brutalität vor Augen und wurde eben so verinnerlicht und nach Kräften verwirklicht. Diese letztere Tatsache aber wurde – und wird in manchen Kreisen immer noch – geflissentlich oder oberflächlich verdrängt.
- ²⁶ Jürgen Proll. Hans Pyterek – 1946 jüngster Bürgermeister im Kreis Pinneberg – erzählt; in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg, 1989, S. 103-112.